

Das Ende der Zuversicht? Die Strukturkrisen der 1970er Jahre als zeithistorische Zäsur

Veranstalter: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Datum, Ort: 14.06.2007–16.06.2007, Berlin; Potsdam

Bericht von: Friederike Sattler; Monika Mattes; Annette Schuhmann

Vom 14. bis 16. Juni 2007 fand eine gemeinsam vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) organisierte Konferenz unter oben genanntem Titel statt. Historiker/innen und Sozialwissenschaftler/innen diskutierten hier im Rahmen eines dichten und thematisch breiten Programms wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Fragen einer Epoche, die in der Rückschau als Zäsur bildend für die Entwicklung der europäischen und nordamerikanischen Industrieländer gilt. Die 1970er-Jahre sind ein in der zeithistorischen Analyse nicht selten ambivalent gedeutetes Jahrzehnt, was schon allein die Vielfalt der Definitionen deutlich macht, mit denen diese Zeitspanne beschrieben wird. So sind wir heute mit einer Vielzahl mehrdeutiger und oft wenig aussagekräftiger Zu- und Beschreibungen des gesellschaftlichen Wandels dieser Zeitspanne konfrontiert. Dieser Definitionsfuror macht vor allem eines deutlich: Die 1970er-Jahre gelten als Epoche des Übergangs, schwankend zwischen einem weit verbreitetem Krisengefühl und Aufbruchserwartungen. Im Focus des Konferenzprogramms standen dementsprechend Fragen, die diese Ambivalenz in einen komplexen Erklärungszusammenhang bringen sollten. Dazu gehörten in erster Linie Wahrnehmung und Analyse der wirtschaftlichen Veränderungen, dem damit verbundenen Wandel der Arbeit und den sozialen Konsequenzen, die dieser Prozess mit sich brachte. Daneben wurden Fragen des Alltagslebens, der sozialen Bewegungen, der Medialisierung, der Migration und der Wandel des Politischen zur Diskussion gestellt.

Als programmatisch für den Verlauf der Tagung können die beiden Einführungsvor-

träge am ersten Tag der Konferenz gelten. Nach den Begrüßungsworten des ehemaligen Präsidenten des WZB Jürgen Kocka und des ehemaligen Direktors des ZZF Konrad Jarausch, in denen beide auf die hier sichtbar gelungene Kooperation zwischen Historikern, Soziologen und Politologen bei der Konzeption und Organisation der Tagung hinwiesen, hielten Gert G. Wagner (Technische Universität Berlin und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und Anselm Doering-Manteuffel (Universität Tübingen) Einführungsvorträge, in deren Mittelpunkt Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklungen der 1970er-Jahre standen. Unter der Frage „Zeitenwende oder bloß die am besten beobachtete Strukturkrise?“ stellte Gert G. Wagner seine Sicht auf die 1970er-Jahre vor, wobei er den Zäsurcharakter dieser Zeitspanne in Frage stellte. Sein Misstrauen gegenüber dem „Wandlungscharakter“ der 1970er-Jahre begründete er mit der These, dass diese Zeitspanne als zeithistorische Zäsur überschätzt werde, weil der Eindruck des Wandels aus einer besseren statistischen Durchdringung und den damit einhergehenden neuen gesellschaftlichen Prognosefähigkeiten entstehe. Wagner deutete die 1970er-Jahre in einer Kontinuitätslinie, die er am Beispiel der Rentendebatten- und der Rentenpolitik nachzeichnete. Der Eindruck des Wandels werde lediglich suggeriert durch die „Entdeckung“ der Demographie, der Strukturberichterstattung und der Mikrodaten, die wiederum neue Formen gesellschaftlicher Selbstreflexion hervorbrachten. Im Fazit seiner Betrachtungen gestand Wagner der bundesdeutschen Gesellschaft der 1970er-Jahre lediglich eine „Sinnkrise“ zu, den entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Paradigmenwechsel datierte er hingegen auf das Ende des 20. Jahrhunderts. Um tatsächlich einschätzen zu können, was die Entwicklungen seit den 1970er-Jahren bedeuten und ob sie ausreichen, einen Bruch zu konstatieren, empfiehlt Wagner eine retrospektive Struktur- und Sozialberichterstattung der 1950er- und 1960er-Jahre. Er geht davon aus, dass sich die Situation der 1970er-Jahre, bezogen auf die Arbeitslosenquoten, die soziale Lage und die wirtschaftlichen Eckdaten, nicht wesentlich von jener der 1960er- bzw. 1950er-Jahre unterschied und

dass es sich bei der Charakterisierung der Epoche lediglich um eine neue Form der retrospektiven Dramatisierung handele.

Auch *Anselm Doering-Manteuffel* verweigte sich der These vom Zäsurcharakter der 1970er-Jahre. In den 1970er-Jahren, so Manteuffel in seinem Koreferat, fand kein wirtschaftlicher Einbruch, sondern vielmehr ein Normalisierungsprozess statt – jedenfalls hochgerechnet auf die Entwicklung des gesamten 20. Jahrhunderts. Manteuffel sieht die Signatur des hier besprochenen Zeitraums vielmehr in dem Widerspruch, der gekennzeichnet ist von einem Einbruch traditioneller Industrien und der damit einhergehenden neuen Sockelarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Etablierung einer Wohlstandsgesellschaft. Erst jetzt wurde materieller Besitz als ein Besitz von Dauer betrachtet, wurden Anspruchshaltungen auch im sozialen Bereich formuliert, erst jetzt kam es zur Ausweitung der Konsumgesellschaft. Anzeichen der Krise sieht Manteuffel vor allem hinsichtlich der hochgespannten gesellschaftlichen Erwartungen jener Zeit. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Normalisierungsprozesses sieht er einen Wandel, wenn nicht gar eine Revolution der Lebensstile: Das Prinzip „Fabrik – Familie – Feierabend“ löste sich mit dem Verschwinden traditioneller Industriearbeit auf. Dennoch, so resümierte Manteuffel, fand ein Strukturbruch als solcher in den 1970er-Jahren nicht statt. Der Krisenbegriff für die 1970er-Jahre wurde erst seit den 1980er-Jahren retrospektiv zugewiesen.

Die erste, dem wirtschaftlichen Strukturwandel gewidmete Sektion, eröffnete *André Steiner* (ZZF) mit einem Leitreferat zu den ökonomischen Umbrüchen der 1970er-Jahre. Steiner führte aus, dass unsere Vorstellung von einer Zäsur in den 1970er-Jahren stark vom klassischen Drei-Sektoren-Modell bestimmt sei. Die Ablösung der Industriedurch die Dienstleistungsgesellschaft sei für die beiden deutschen Staaten historisch auch durchaus zutreffend. Steiner forderte jedoch, das Drei-Sektoren-Modell stärker zu historisieren, nicht nur den inter- sondern auch den intrasektoralen Strukturwandel in den Blick zu nehmen und sich dabei an den Tätigkeiten der Menschen zu orientieren. Mit der westdeutschen Textilindustrie beleuchte-

te der Vortrag von *Stephan Lindner* (Universität der Bundeswehr München) einen der großen Verlierer in eben diesem intrasektoralen Strukturwandel. Lindner beschrieb das Problemszenario der Textilindustrie als einen Zusammenhang von Nachfrageentwicklung und möglichem Rationalisierungstempo. Die Modernisierung durch Umstellung auf moderne Maschinen sei viele Jahre dadurch aufgehalten worden, dass sie sich aufgrund der fehlenden Absatzmöglichkeiten wirtschaftlich nicht rechnete. Gerade für kleinere Familienbetriebe sei es rentabler gewesen, an alten Produktionsanlagen festzuhalten und für die wenig attraktiven Arbeitsplätze Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren. Um die Automobilindustrie in beiden deutschen Staaten ging es im Papier von *Reinhold Bauer* (Universität der Bundeswehr Hamburg), das von *André Steiner* referiert wurde. Was die Krisenreaktions- und Anpassungsfähigkeit dieser Branche in den 1970er-Jahren betrifft, so lassen sich im deutsch-deutschen Vergleich große Unterschiede konstatieren. Während sich die Autounternehmen in der Bundesrepublik um eine rasche Anpassung an die sich verändernden Marktbedingungen bemühten, konnten sich in der DDR, wo die Staats- und Parteiführung die Initiative ergriff, entsprechende Adaptionsbemühungen aufgrund der planwirtschaftlichen Strukturen kaum entfalten. Im letzten Referat dieser Sektion charakterisierte *Wolfgang König* (Technische Universität Berlin) die 1970er-Jahre als eine „Sattelzeit“ zwischen der Herausbildung der Konsumgesellschaft und deren Erosion und prekären Sicherung. So ließ sich einerseits der Konsum nicht mehr fest gefügten Klassen und Schichten zuordnen, sondern wurde zu einem konstitutiven Element zahlreicher sich überschneidender und ständig neu gruppierender Lebensstile. Andererseits habe es mit wachsenden Müllmengen und Wegwerfartikeln bereits die ersten Anzeichen für die Grenzen der Konsumgesellschaft gegeben. König verwies auf den tief greifenden Paradigmenwechsel, den „Konsum“ und „Konsumgesellschaft“ in der Forschung erfahren haben, seien doch deren befreiende und emanzipatorische Wirkungen erst von einer neuen Generation von Historikern herausgestellt worden. In seinem Kommentar

zu dieser Sektion bündelte *Ulrich Jürgens* (WZB) die skizzierten Entwicklungen im Begriff der 1970er-Jahre als „Ankündigungsjahrzehnt“. Wirtschaftliche Entwicklungen wie in der Textil- und in der Autoindustrie, die erst seit den 1980er-Jahren zum Tragen gekommen seien, hätten in den 1970er-Jahren ihren Ausgang genommen. Auch die sich anschließende Diskussion kreiste um die Frage, wann sich Konstellationen veränderten bzw. Entwicklungen abbrachen oder einsetzten. Einhelligkeit bestand darüber, dass der enge Fokus allein auf die 1970er-Jahre problematisch sei, da dadurch längere Trends nicht in den Blick kämen.

Die zweite Sektion „Arbeit und Soziales“ eröffnete *Christoph Boyer* (Universität Salzburg) mit einem Leitvortrag, der sich auf hohem Abstraktionsniveau den zwei Varianten europäischer Sozialstaatlichkeit – Staatssozialismus und demokratisch-keynesianischer Wohlfahrtsstaat – widmete. Beide Varianten hätten sich, jenseits von Systemlogik und unterschiedlichen nationalen Entwicklungspfaden, seit den 1970er-Jahren mit tiefenstrukturell ähnlichen Problemkonstellationen konfrontiert gesehen. Dazu zählten für Boyer die Herausforderungen der dritten industriellen Revolution sowie die zunehmende strukturelle Spannung zwischen stagnierender Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme einerseits und hohen Ansprüchen an diese andererseits – bei einer gleichzeitig geringer werdenden Manövrierfähigkeit nationalstaatlicher Politik. Die Krisenbearbeitung sei schließlich im Fall der staatssozialistischen Länder in das letztlich unlösbare Dilemma zwischen Ökonomie und Sozialpolitik gemündet. *Winfried Süß* (Ludwig-Maximilians-Universität München) zeigte am Beispiel der Alterssicherung auf, dass sich die wohlfahrtsstaatliche Expansion der Bundesrepublik an einem äußerst zukunftsoptimistischen gesellschaftspolitischen Leitbild orientierte, das auf illusionären Prosperitäts- und Stabilitätserwartungen basierte. So sei man gleichermaßen von einer kontinuierlich wachsenden Produktivität auf der Basis von Vollbeschäftigung, stabilen Geschlechterrollen und Reproduktionsmustern ausgegangen. Wenn die politisch Handelnden die wachsenden Wohlfahrtskosten nur als Resultat kurzfristiger Störungen und

nicht nachhaltiger ökonomischer und sozialstruktureller Veränderungen wahrnahmen, lasse sich dies nur, so Süß, mit ihrem Erfahrungshorizont und der spezifischen generationellen Prägung erklären. Der Vortrag von *Marcel Boldorf* (Universität Mannheim) thematisierte die Entstehung der „neuen sozialen Armut“ jener ökonomisch schwachen und unorganisierten sozialen Gruppen, deren Entdeckung Mitte der 1970er-Jahre mit dem gleichnamigen Buch von Heiner Geißler lanciert wurde. Boldorf machte darauf aufmerksam, dass die Begriffe Sozialhilfe und Sozialfürsorge für einen internationalen Vergleich zu problematisieren seien, da sie in hohem Maße nationale Spezifika aufweisen. *Michael Schwartz* (Institut für Zeitgeschichte, Abt. Berlin) zeigte am Beispiel der Strafrechtsreformen bei der Schwangerschaftsunterbrechung, dass es neben dem „internationalen Reformsoff“ in Richtung verstärkter Individualisierung und weiblicher Selbstbestimmung die deutsch-deutsche Reformkonkurrenz gewesen sei, die die Reformen entscheidend vorantrieb. Die in der DDR 1972 überraschend eingeführte Fristenregelung lasse sich auf einen allmählichen Meinungswandel in Bezug auf Fraueninteressen zurückführen, der von einer weiblicher gewordenen Ärzteschaft ebenso wie von der weiblichen Bevölkerung artikuliert wurde. In der Bundesrepublik haben im Gegensatz zur DDR die heftigen öffentlichen Debatten 1974 schließlich zur Verabschiedung eines Fristenmodells beigetragen. *Jens Alber* (WZB) stellte in seinen Kommentar unter anderem die provozierende Frage, wie temporär das „Zerplatzen des Traums“ in den 1970er-Jahren eigentlich gewesen sei, könne doch das kapitalistische System des Westens trotz Massenarbeitslosigkeit Stabilität und Legitimität für sich beanspruchen. Des Weiteren fragte er nach der methodischen Diagnostizierbarkeit von Zäsuren und konstatierte seinerseits eine Zäsur Mitte der 1970er-Jahre auf der Ebene der Sozialausgaben, der Gesetzesentwicklung und der sozialwissenschaftlichen Diskurse über Sozialpolitik. Indessen sei die Ähnlichkeit zwischen BRD und DDR nie so groß gewesen wie in 1970er-Jahren. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob und wie die Politik, aber auch die Medien in ihrem *agenda setting* in den

1970er-Jahren auf die Stärke der sozialen Bewegungen reagiert haben. Ein weiterer Punkt war die in der Bundesrepublik herrschende Tabuisierung von demografischen Veränderungen und bevölkerungspolitischen Maßnahmen, die nicht nur durch den Nationalsozialismus, sondern auch durch die Geburtenpolitik der DDR delegitimiert gewesen seien.

Die dritte Sektion „Aufbrüche im Alltag“ eröffnete *Ralf Jessen* (Universität Köln), indem er zunächst zwei Erzählmuster zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik herausarbeitete: erstens das noch immer dominante einer bundesrepublikanischen „Erfolgsgeschichte“, die sich auf die Vergangenheit vor 1945 bezieht und eine – alles in allem – geglückte „Ankunft im Westen“ diagnostiziert, zweitens das in den letzten Jahren stärker akzentuierte Muster einer „Krisengeschichte“, welches die ungelösten Gegenwartsprobleme stärker im Blick hat. Stelle man in Rechnung, so Jessen, dass im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung für Probleme immer wieder auch Lösungen gefunden wurden, welche zum Aufbau neuer Problemkonstellationen beitrugen (wie man etwa am Beispiel der Rentenreform von 1957 und ihre Folgewirkungen bei veränderten Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt klar erkennen könne), lasse sich unschwer eine enge Verknüpfung zwischen den historischen Phänomenen herstellen, die diesen beiden Erzählmustern zugrunde liegen. Mit dem Konzept der „reflexiven Moderne“ arbeiten sich die Sozialwissenschaften bekanntermaßen schon länger an diesem Zusammenhang ab, freilich mit einem recht universalistischen Ansatz, ohne dass dieser Impuls – so betonte Jessen sehr zu Recht – von der Zeitgeschichte bisher wirklich aufgenommen, kritisch beleuchtet und für historische Analysen fruchtbar gemacht worden sei. *Nina Verheyen* (WZB) legte dar, dass Diskussionsbereitschaft in den frühen 1970er-Jahren zu einem wichtigen gesellschaftlichen Distinktionsmerkmal avancierte, was vor allem jene erkannten, die von der Logik dieser Gesprächsform besonders profitierten: junge Männer mit hohen Bildungsabschlüssen. Deshalb plädierte sie in klarer Abgrenzung zum Mainstream der politischen Kulturforschung dafür, diese wachsende Diskussionsbereitschaft nicht nur ein-

seitig als Indikator für den Wandel der politischen Kultur hin zu einer von mündigen Bürgern getragenen Demokratie zu deuten, sondern sie vielmehr als ein soziokulturelles Phänomen zu sehen, bei dem es um die Mehrung symbolischen Kapitals ging. Der „Zwang zur Diskussion“ habe allerdings noch in den 1970er-Jahren seinen Zenit überschritten, weil er von verschiedenen sozialen Gruppen zunehmend als Zumutung empfunden wurde und sich entsprechende Gegen Tendenzen ausbreiteten. Inwiefern es dabei auch um wachsende Spannungen zwischen etablierter Diskussionskultur und neuen Individualisierungstendenzen der Konsumgesellschaft ging, blieb in der lebhaften Diskussion zu diesem anregenden Vortrag ebenso offen wie die Frage nach dem genauen Stellenwert des Distinktionsmerkmals „Diskussionsbereitschaft“ im Vergleich zu den klassischen von Herkunft, Besitz und Geschmack. Am Beispiel des bewaffneten Überfalls der Gruppe „Schwarzer September“ auf das Olympische Dorf in München 1972 zeigte *Annette Vowinckel* (ZZF), wie schwach das Bewusstsein für terroristische Bedrohungen zu Beginn der 1970er-Jahre in der Bundesrepublik ausgeprägt war. Im Verlauf der 1970er-Jahre entwickelte sich der internationale Terrorismus allerdings schnell zu einem omnipräsenten Medienphänomen, wobei sich Ursachen und Wirkungen immer stärker verknüpften: Terroristische Aktionen zogen die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf sich und wurden dadurch erst zu wahrgenommenen Ereignissen, gleichzeitig bestimmte die möglichst große mediale Wirkung immer stärker die terroristischen Aktionsformen, wie etwa im drastischen Anstieg von Flugzeugentführungen zum Ausdruck kommt. Bedingt durch die Durchsetzung des Leitmediums Fernsehen in den 1970er-Jahren würden Terroristen und Journalisten seither in einer Symbiose leben, so fasste Vowinckel pointiert zusammen, die sich nicht auflösen lasse, ohne demokratische Grundprinzipien wie die Informations- und Pressefreiheit zu beeinträchtigen. Auch *Patrice Poutrus* (ZZF), der die Haupttrends der Migration in Europa vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1970er-Jahre hinein skizzierte, hob den Wandel der frühen 1970er-Jahren hervor: Die Arbeitsmigration

in Richtung Westeuropa erreichte nun nicht nur ihren ersten Höhepunkt, sondern sie ließ sich – trotz massiver, nach dem Ölpreisschock von 1973 vorgenommener Gegensteuerungsversuche – ab jetzt auch nicht mehr wirksam zurückführen, sondern allenfalls leicht bremsen. In der Bundesrepublik, deren Bevölkerung sich mehrheitlich über die deutsche Abstammung definierte und nicht als Gemeinschaft multi-ethnischer Staatsbürger verstand, weigerten sich die politischen Eliten, die Tatsache, Einwanderungsland zu sein, zu akzeptieren und eine aktive Integrationspolitik zu entwickeln – mit Folgewirkungen bis heute. Als Kommentatorin hatte *Martina Kessel* (Universität Bielefeld) die schwierige Aufgabe, diese Beiträge auf ihre inneren Zusammenhänge hin zu befragen. Für die Diskussion regte sie an, die Veränderung des Verhältnisses von gesellschaftlicher In- und Exklusion zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren genauer in den Blick zu nehmen. Die von den Referenten betonten soziokulturellen Umbrüche im Alltag der 1970er-Jahren würden dann vermutlich weniger stark erscheinen.

Die vierte Sektion „Politische Problemverarbeitung“ eröffnete *Gabriele Metzler* (Universität Tübingen) mit einer Analyse des zeitgenössischen Diskurses über „Unregierbarkeit“. Sie arbeitete zunächst die von den unterschiedlichen politischen Lagern entwickelten Varianten der Denkfigur „Unregierbarkeit“ heraus, wobei das Spektrum von den angeblich strukturell bedingten Legitimationsproblemen des Spätkapitalismus bis zu dem befürchteten *excess of democracy* infolge zu vieler Akteure und Interessen im politischen Entscheidungsprozess reichte. Der Unregierbarkeitsdiskurs selbst habe in den frühen 1970er-Jahren um die massiven wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen gekreist, die als interdependente und zunehmend global verflochtene Symptome einer vielschichtigen Krise gedeutet worden seien. Zu Beginn der 1980er-Jahre sei der Unregierbarkeitsdiskurs merklich abgeebbt. Metzler führt das auf verschiedene Ursachen zurück, nicht zuletzt die Entdeckung neuer, nicht hierarchisch angelegter Formen staatlicher Steuerung durch die Sozialwissenschaften, welche komplexen Problemlagen durchaus gewachsen sein mochten: Politiknetzwer-

ke, an denen der Staat beteiligt war, die jedoch der gesellschaftlichen Selbstregulierung breiten Raum gaben. *Frank Bösch* (Universität Gießen) richtete seinen Blick – entgegen dem Mainstream der bisherigen politikhistorischen Forschung zu den 1970er-Jahren – auf das oppositionelle bürgerliche Lager. Er vertrat überzeugend die These, dass die frühen 1970er-Jahre für die Christdemokratie nicht nur eine Fundamentalkrise mit sich brachten, sondern zugleich eine Wiederbelebung konservativer weltanschaulicher Deutungen und Sinnstiftungen in der Bevölkerung in Gang setzten, insbesondere in den katholischen Milieus, die von den christdemokratischen Parteien für eine grundlegende organisatorische, personelle und programmatische Neuformierung genutzt wurde. Wie sich *Helmut Schmidt*, seit Juli 1972 als Wirtschafts- und Finanzminister, ab Mai 1974 dann als Bundeskanzler angesichts der zahlreichen währungs- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen zwischen reaktivem und konzeptionellem Handeln bewegte, legte sein Biograph *Hartmut Soell* (Heidelberg) kenntnisreich dar. Deutlich wurde, wie stark die deutsche Wirtschaft zu Beginn der 1970er-Jahre bereits wieder in die Weltwirtschaft eingebunden war und wie sehr sich deshalb alle Versuche, die von den USA ausgehenden währungspolitischen Turbulenzen mit erheblicher Inflationsgefahr für Westeuropa politisch in den Griff zu bekommen, auf der internationalen Ebene, der europäischen wie der transatlantischen, bewegen mussten. Schmidt, der in internen Gesprächen keinen Zweifel an seiner Diagnose einer strukturell bedingten „Weltwirtschaftskrise“ ließ, welche die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und letztlich „totale Interdependenz der politischen Entscheidungen“ offenbare, bemühte sich, nach außen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, um nicht das Vertrauen der Bevölkerung zu verlieren. *Peter Hübner* (ZZF), der sich mit den Hintergründen und Folgen der um 1970/71 einsetzenden aktiveren Sozial- und Konsumpolitik im sowjetischen Block befasste, verwies zunächst darauf, dass es bei der Frage nach dem potenziellen zeithistorischen Zäsurcharakter der 1970er-Jahre guten Grund gebe, nicht nur die nun aufbrechende Strukturkrise, sondern

auch die ihr vermutlich zugrunde liegende dritte industrielle Revolution genauer in den Blick zu nehmen. Am Beispiel der Sowjetunion, der DDR und Polens legte er anschließend dar, wie sich bereits zu Beginn der 1970er-Jahre der Übergang von einer fortschrittsgläubigen, wachstumsorientierten Industriepolitik zu einer bald vornehmlich auf Konsolidierung und Herrschaftssicherung bedachten Konsum- und Sozialpolitik vollzog. An frühem Risiko- und Krisenbewusstsein mangelte es den politischen Führungen im Ostblock offenkundig nicht, doch zeigten sie sich weitgehend unfähig, neue institutionelle Arrangements zur Lösung der Probleme zu finden. Kommentator *Wolfgang Merkel* (WZB) unternahm den Versuch, Erklärungen für den bundesdeutschen Misserfolg bei der Suche nach Reformansätzen zu finden und stützte sich dabei auf folgende Argumente: den eher versorgenden als aktivierenden Sozialstaat, die von den Grünen in die Parteienlandschaft getragene Wachstumskepsis, die auf Konsens gerichteten politischen Institutionen, die Sonderbelastungen durch die Wiedervereinigung, die von der Erfahrung des Wirtschaftswunders und dem damit verbundenen Bild der hohen eigenen Leistungskraft geprägte sozio-politische Kultur und schließlich auf offenkundig begangene Politikfehler. Der Gehalt dieser Ursachenanalyse wurde in der Diskussion nicht angezweifelt, aber doch als eine möglicherweise zu stark auf die Steuerungsprobleme beschränkte Sicht empfunden, bei der die durchaus vorhandenen Impulse „neuer Zuversicht“ zu kurz kamen. *Jürgen Kocka* und *Frank Bösch* wiesen zum Beispiel auf die zunehmende Bürgerlichkeit im Sinne einer auch in den 1970er-Jahren weiter wachsenden Zivilgesellschaft hin.

In seinem Schlusswort konnte *Konrad H. Jarausch* eine überwiegend positive Bilanz der Tagung ziehen: Insbesondere der Grundgedanke der Tagung, verstärkt produktive Anstöße aus den Sozialwissenschaften in die Zeitgeschichte hineinzutragen, verdient es zweifellos, weiterverfolgt zu werden. Der angenommene Zäsurcharakter der 1970er-Jahre wurde in den meisten Beiträgen bestätigt, im Sinne des Einsetzens neuer, wenn auch (noch) nicht unbedingt dominanter Entwicklungen, bedarf aber noch einer stärkeren

Differenzierung, sowohl für die einzelnen Gesellschaftsbereiche als auch für verschiedene Generationen. Ganz besondere Aufmerksamkeit hat die weitere Vertiefung der Ost-West-Vergleichsperspektive verdient, die zwar durch einige Beiträge bewusst mit angestoßen, infolge der noch immer recht einseitig ausgeprägten Kompetenzen der meisten involvierten Zeithistoriker und Sozialwissenschaftler aber nur zurückhaltend in die Kommentierung und allgemeine Diskussion aufgenommen wurde.

Tagungsbericht *Das Ende der Zuversicht? Die Strukturkrisen der 1970er Jahre als zeithistorische Zäsur*. 14.06.2007–16.06.2007, Berlin; Potsdam, in: H-Soz-Kult 06.09.2007.